

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk., Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 5-gelappten Zeile 2.— Mk. von auswärts 3.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsmieter nach bef. Tarif, die 3-gelappten Reklamepreise 7.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3250.

Nr. 9 | Mittwoch, den 12. Januar 1921 | 12. Jahrgang

Drohende Bergewaltigung der ober-schlesischen Abstimmung.

Das Banditenunwesen in Oberschlesien.

Berlin, 11. Jan. In einer heute der Botshafterkonferenz in Paris übermittelten Note, die gleichzeitig den Regierungen in London, Paris und Rom übergeben worden ist, legt die deutsche Regierung in Ergänzung der in ihrer Note vom 4. d. Ms. gemachten Mitteilungen eingehend die von Tag zu Tag unerträglich werdenden Zustände dar, wie sie sich seit den blutigen polnischen Augustaufständen fortentwickelten, deren weitere Ausdehnung seinerzeit nur durch die Ruhe und Besonnenheit der deutschen ober-schlesischen Bevölkerung eingedämmt wurde. Unerhörte Gewalt- und Grauseltaten folgten sich in ununterbrochener Reihe. Kein Tag vergeht ohne schwere Raubüberfälle. Wohl ausgerüstete Räuberbanden treten vor allem in den an Polen grenzenden östlichen und südlichen Bezirken auf und halten die friedlichen Bewohner dieser Distrikte in ständiger Unruhe und Sorge. Die Polen üben in allen nur denkbaren Formen politischen Terror. Deutsche Versammlungen werden mit Handgranaten und Gummikugeln auseinandergejagt. Politische Mordanschläge und brutale Morde haben eine Verbreitung gefunden, wie sie wohl einzig in der Geschichte zivilisierter Völker dastehen. Nach einer Statistik haben die gemeinen Verbrechen im Bereich der Polizeidirektion Kattowitz seit Eintreffen der interalliierten Kommission außerordentlich zugenommen. Die Anzahl der Morde ist rund um 253 Proz., die der Raubüberfälle um 80 Proz. gestiegen. Die Zustände sind derart, daß, wenn überhaupt eine ordnungsmäßige Abstimmung stattfinden soll, mit größter Beschleunigung und äußerster Energie rücksichtslos Abhilfe geschaffen werden muß. Die trostlose Lage in Oberschlesien hat ihre Ursache in der Unzulänglichkeit der Maßnahmen der interalliierten Kommission, die es trotz der ihr zur Verfügung stehenden Truppen unterläßt, irgendwie energisch gegen die Verbrecher und Banditen vorzugehen und von den ihr zur Verfügung stehenden Nachmitteln zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung unparteiisch Gebrauch zu machen. Die interalliierte Kommission hat auch die ausgezeichnete deutsche Polizei aufgelöst und an ihre Stelle mit unsicheren Elementen stark durchsetzte Polizeikräfte gesetzt, die in keiner Weise für ihre Aufgabe taugen. Besonders in den Grenzbezirken ist es wegen der Unzulänglichkeit der Polizeikräfte unmöglich, des gemeinen nationalpolitischen Verbrechertums Herr zu werden, das die Gewißheit hat, jederzeit leicht über die Grenze zu entkommen. Die Zustände an der ober-schlesischen Süd- und Ostgrenze spotten jeder Beschreibung. Auch die Beschaffenheit der Grenze selbst bietet dem Ueberstreifen an unerlaubter Stelle keine besonderen Schwierigkeiten. Das Ueberstreifen der Süd- und Ostgrenze wird zudem durch die Aufstellung von gänzlich unkontrollierten und praktisch auch unkontrollierbaren Sammelplätzen sehr erleichtert, auf Grund deren die Leute zu Hunderten über die Grenze laufen. Die deutsche Regierung muß verlangen, daß ohne jeden Verzug die Absperrung der Süd- und Ostgrenze derart durchgeführt wird, daß der Uebergang über die Grenze einzig und allein auf die von der interalliierten Kommission bestimmten Straßen beschränkt bleibt, und daß durch genügende Besetzung mit Wachen und Posten ein unerlaubtes Ueberstreifen der Grenze unmöglich gemacht wird. Zur Beseitigung der Unsitte müssen ferner auf die gemeinen Verbrechen abschreckendere Strafen gesetzt werden. Es darf auch vor der Anwendung des Standrechtes gegen Plünderer und Mörder nicht zurückgeschreckt werden. Die deutsche Regierung erwartet von den alliierten Regierungen, die die Verantwortung für die öffentliche Ruhe und Ordnung in Oberschlesien und für die gerechte Durchführung der Abstimmung übernommen haben, daß sie kein Mittel unversucht lassen, um in den bedrohten Grenzbezirken Ruhe und Ordnung zu schaffen und der Bevölkerung das Gefühl der Sicherheit zu geben, ohne das eine freie, geheime und unbeeinflusste Abstimmung unmöglich ist. Die der deutschen Note beigefügten Anlagen geben ein treffliches Bild von den gegenwärtigen Sicherheitsverhältnissen in Oberschlesien und enthalten eine Auswahl der besonders markanten Gewalttaten der letzten vier Monate. Gegen das Banditenunwesen hat sich nach den angeführten Beispielen die Abstimmungspolizei als völlig machtlos erwiesen. Die Liste der politischen Mordanschläge und Morde bietet ein besonderes trauriges Beweisstück für die Zustände in Oberschlesien. Die Anlage schildert ferner die Schwierigkeiten, die in dem Zusammenarbeiten zwischen der staatlichen, jetzt ober-schlesischen Spezialpolizei und der Polizei Oberschlesiens, der Abstimmungspolizei, bestehen, die durch ihre schlechte Bewaffnung zur Ohnmacht gegen die Verbrecherbanden verurteilt sind. Auch die Uebertritte bewaffneter Banden aus Polen haben sich sehr vermehrt, seit die Polizei Oberschlesiens die Absperrung der Grenze übernommen hat. In dem Schlußsatz der Anlage werden 22 Fälle angeführt, in denen es schweren Verbrechen gelungen ist, nach vollbrachter Tat die Grenze zu überschreiten und ungefährdet polnisches Gebiet zu erreichen.

Kattowitz, 11. Jan. In einem an den Botshafterrat und die Regierungen in Frankreich, Italien und England am 9. Januar gerichteten Protesttelegramm des Leiters der Zentrale des Verbandes heimattreuer Oberschlesier gegen die zeitlich getrennte Abstimmung und gegen die Ausschließung der nach dem 1. Januar 1904 zugezogenen nicht gebürtigen Oberschlesier wird darauf hingewiesen, daß die Gefahr besteht, daß die in der ober-schlesischen Bevölkerung hierdurch hervorgerufene große Erregung zu öffentlichen Demonstrationen führen könne. Die zeitlich getrennte Abstimmung verstärkt die Gefahr des Terrors. Hunderttausende von heimattreuen Oberschlesiern erwarten die Anerkennung ihres Protestes im Interesse einer unbedingt gerechten und unbeeinflussten Volksabstimmung.

Wie die „Post. Ztg.“ aus Kreisen der ober-schlesischen Industrie erfährt, tragen die Gerüchte über polnische Putschpläne ernsthaften Charakter. Die Pläne sehen auch den Einmarsch der in zunehmender Stärke an der ober-schlesischen Grenze verammelten polnischen Truppenteile vor. Man hofft aber, daß der von den Putschplänen unterrichtete General Verond nunmehr mit aller Entschiedenheit dagegen einschreiten werde.

Amerika scheidet aus der Botshafterkonferenz.

Paris, 11. Jan. Durch eine Haasnote wird bestätigt, daß die amerikanische Regierung sich entschlossen hat, sich nicht mehr auf der Botshafterkonferenz vertreten zu lassen. Die Maßnahme sei jedenfalls aus den gleichen Gründen getroffen worden, die die Regierung der Vereinigten Staaten im Dezember 1919 veranlaßt hatte, zur Kenntnis zu bringen, daß der Botshafter nicht mehr das Recht habe, in die alliierten Verhandlungen einzugreifen, sondern diesen nur noch als Beobachter beizubehalten werde. Man müsse deshalb gewisse Kommentare ablehnen, die in dieser Stellungnahme eine deutschfreundliche Propaganda erkennen wollten.

Paris, 11. Jan. „Newport Herald“ wird aus Washington gemeldet: Der Schritt der Vereinigten Staaten in Sachen ihres Fernbleibens von den Beratungen des Botshafterrates werde durch eine direkte Note an den Botshafter in Paris, Wallace, erfolgen. Ebenso werde das Staatsdepartement den diplomatischen Vertretern der andern im Botshafterrat vertretenen Mächte in Washington die Mitteilung machen. Die amtlichen Kreise seien der Ansicht, daß kein anderes Vorgehen möglich sei, wenn man dem durch die Wahl zum Ausdruck gebrachten Willen des amerikanischen Volkes entsprechen wolle, da das Volk in so entschiedener Weise den Völkerbund abgelehnt habe. Das Vorgehen Amerikas lasse die Frage der amerikanischen Streitkräfte in Deutschland ungerührt.

Paris, 11. Jan. Wie der „Matin“ meldet, hat der amerikanische Botshafter Wallace gestern Abend dem Ministerpräsidenten Leagues mitgeteilt, daß er von nun an nicht mehr an den Sitzungen des Botshafterrates teilnehmen werde. Er hat auch erklärt, daß die amerikanische Regierung bei der Sitzung des Obersten Rates am 19. Januar sich nicht vertreten lassen werde. Nach einer Radiomeldung aus Washington werden die Vereinigten Staaten jedoch fortfahren, sich im Reparationsausschuß und in der Rheinlandskonferenz vertreten zu lassen.

Die Probleme von Brüssel.

London, 11. Jan. Der Berliner Korrespondent der „Daily News“ meldet seinem Blatte die wichtigsten von der 41 Punkten, die in dem der deutschen Regierung in Brüssel vorgelegten Fragebogen enthalten sind. Sie beziehen sich u. a. auf die Papiergeldpolitik der deutschen Regierung, die Besteuerung hervorragender Privatvermögen, die Ein- und Ausfuhr, Einfuhrverbot, Steuern, Staatseinnahmen und Ausgaben, die Verwendung der auf Grund des Kohlenabkommens gezahlten Gelder, die Zahl der Staatsangestellten, die Kosten des Besatzungsheeres, deutsche Gelder im Auslande, die Arbeitslosenfrage und ihre Ursache, die finanzielle Lage der Eisenbahnen und die Kohlenituation in Deutschland.

Die Wiedergeburt des Kapitalismus in Rußland.

Das starbende, unbefangene und vom Siegestaum blinder Erfolge unbefangener sozialistische Theoretiker von der Bedeutung eines Karl Kautsky und eines Otto Bauer vom Beginn der bolschewistischen Revolution an vorausgesehen haben, beginnt sich zu erfüllen: Die bolschewistische Organisation der Wirtschaft, die niemals eine sozialistische gewesen ist, ist auch unvermeidlich zum Sozialismus zu führen, sondern muß in irgendeiner Form zur kapitalistischen Wirtschaftsorganisation zurückführen.

Trotz der russische Enten kein wahrhaft sozialistisches ist, sondern im besten Fall eine Verbindung von dauerlicher Privatwirtschaft mit industrieller Staatswirtschaft darstellt. Kann heute nur noch von einem kommunistischen Kampfer gesprochen werden, die die von Stawrow aufgestellten Forderungen, Marx nicht gelten zu lassen, getrennt erfüllen. Für den Marxismus hingegen ergibt sich folgendes Bild der russischen Wirtschaft: Die breite Grundlage der Wirtschaft bildet wie seit jeher in Rußland die Landwirtschaft, in der vier Fünftel des russischen Volkes beschäftigt sind. Diese vier Fünftel wurden durch die bolschewistische Revolution befreit, das heißt zu privatwirtschaftlich arbeitenden und geordneten Besitzern von Grund und Boden gemacht. Alle Verluste, dieses wichtigste Ergebnis der Revolution aus der Welt zu schaffen, sind ebenso nutzlos wie die, es zu leugnen oder zu verfeinern. Es ist nicht gelungen, die Bauern zu kommunistischen oder auch nur genossenschaftlichen Wirtschaftsformen zu organisieren, und es ist nicht einmal gelungen, ein Wirtschaftsband zwischen ihnen und der städtischen Produktion zu knüpfen. Der Bauer liefert seine Produkte nicht ab, weil er keinen entsprechenden Gegenwert erhält; wird er zur Ablieferung gezwungen, so schränkt er die Produktion auf den Eigenbedarf ein. Es besteht also dasselbe aber ein noch schlimmeres Kampfverhältnis zwischen Stadt und Land als in den kapitalistischen Staaten Mitteleuropas, die mit der Zwangsökonomie gefangen sind. Die Schwäche der kommunistischen Regierung gegenüber den Bauern ist ihre Stärke gegenüber dem Ansturm der Reaktion und der kapitalistischen Außenwelt, denn nur die Kapitulation vor den Bauern führt ihr die Streitkräfte im Kampf gegen außen zu.

Auf der breiten Grundlage der privatwirtschaftlich organisierten Landwirtschaft erhebt sich ein schmaler Heberbau einer staatskapitalistisch organisierten Industrie. Es fehlt der russischen Organisation der Industrie die wichtigste Bedingung einer wahrhaft sozialistischen Wirtschaftsform: die Herrschaft des Proletariats über die Produktion. Nirgends haben die Arbeiter so wenig in der Produktion mitzusprechen, nirgends haben sie so wenig Einfluß auf die Arbeitsbedingungen und Löhne — nirgends so wenig wirtschaftliche und politische Rechte, wie in Rußland. Der einzige Unterschied gegenüber der privatkapitalistischen Wirtschaftsorganisation ist der, daß an Stelle des privatkapitalistischen Unternehmers der von der Regierung eingesetzte Produktionskommissar getreten ist an Stelle des kapitalistischen Profits der Wucher- und Schleichhandelsprofit, der in die Taschen der Bauern, der illegalen Zwischenhändler, aber auch der Produktionsleiter und der sonstigen Sowjetbeamten fließt.

Aber selbst diese Wirtschaftsform, die, wenn auch nicht sozialistisch, so doch in gewissem Sinne gemeinwirtschaftlich ist — ist doch an Stelle des milden Konkurrenzkampfes und der Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft eine zentrale Regelung und Leitung der Produktion getreten. — läßt sich auf die Dauer nicht rein aufrechterhalten. Da die landwirtschaftliche Produktion — für Rußland mehr als für alle andern Länder der Mutterboden der industriellen Produktion — durch die Agrarrevolution ins Werk gesetzt wurde und das wirtschaftliche Band zwischen Stadt und Land zerriß und trotz aller verzweifeltsten Anstrengungen der Sowjetregierung noch nicht wieder geknüpft werden konnte, da ferner die industrielle Produktion infolge der furchtbaren Verelendung des Proletariats und des Fehlens jeglichen Antriebes zur Anspannung aller produktiven Kräfte auf ein Minimum gesunken ist, bleibt dem bolschewistischen Rußland kein anderer Weg mehr zur Rettung aus seiner furchtbaren wirtschaftlichen Not, als die Rückkehr zur kapitalistischen Wirtschaft.

Der Sowjetregierung ist es bisher gelungen, durch einen glänzenden organisierten und rücksichtslos und brutal arbeitenden bürokratischen und militärischen Herrschaftsapparat den politischen Zusammenbruch zu verhindern. Der wirtschaftliche Zusammenbruch kann freilich durch die bestorganisierte Armee nicht aufgehalten werden. Ebenso wird es der Sowjetregierung auch weiterhin gelingen, den Einbruch der kapitalistischen Wirtschaft in Rußland auf dem Wege der militärischen Invasion aufzuhalten, aber sie kann nicht verhindern, daß er auf dem Wege der wirtschaftlichen Durchdringung erfolgt, ja. Sie muß selbst ihre Hand dazu bieten, daß die russische Erde und das russische Volk Ausbeutungsobjekt der kapitalistischen Mächte werden. Politisch und militärisch unbesiegt, bietet sich Rußland freiwillig den kapitalistischen Mächten der Welt als Kolonie dar, bietet es seine Bodenschätze und Arbeitskräfte zur kapitalistischen Ausbeutung an.

Aus den Angaben, die der Vizepräsident des Obersten Rates der Volkswirtschaft, Komow, über die Konzeptionen gemacht hat, die die Sowjetregierung den Kapitalisten Westeuropas und Amerikas anbietet, geht hervor, daß die Durchdringung Rußlands durch das ausländische Kapital sich nicht bloß auf die Peripherie der russischen Wirtschaft erstrecken soll, wie Anfangs von sowjetoffiziöser Seite behauptet wurde, nicht bloß auf die Ausbeutung der östlichen Bodenschätze, Wälder und Seen, sondern daß der aus-

Eliza, Präsidenten-Wahl. Am Dienstag den 11. Juli 1921...

Präuss. Sozialdemokratische Parteiverammlung. Am letzten Sonntag fand in Berlin eine von der Sozialdemokratischen Partei einberufene große Parteiverammlung...

ten während seines Schlafmordes durch fortwährendes Schreien mündlich zu machen. Dies gelang aber nicht, weil die übergroße Mehrheit der Versammlung merklich von den Krackern abbrach.

Verwahl. In der Stadtverordnetenversammlung wurde die Wahl des Bürgermeisters, der Magistratskommission...

Volkswirtschaftliches.

Der Wert der Welt in Wienig: Holland 7.1; Belgien 6.5; Frankreich 2.4; Schweden 7.8; Italien 11.6; London 2.8; Japan 1.5; Norw. 1.8; Schweiz 7.2.

Neue Markierungen der Briefmarken. Die Farbe der Postwertzeichen war bisher nach den Weltkategorien grün, rot und blau...

Der deutschamerikanische Außenhandel hat sich im November eine Steigerung erhalten. Die Ausfuhr der Vereinigten Staaten nach Deutschland betrug 31.000.000 Dollar...

Erhöhung der Einkommen für Gepächtsleute. Auf eine Erhöhung der Einkommen für Gepächtsleute wegen Erhöhung der Einkommen für die Sonderposten-Aufbewahrungstellen...

Aus aller Welt.

Der Millionenraub in der Pommerschen Gegend. Bei dem drei wöchentlichen Anschlag ihr Leben verloren und die Mörder...

alten Kellern und Agenten Wilhelm Müller die Gelegenheit zu dem Heberfall auf. Es war ihnen bekannt, daß die Kellnerin für die jede Gabel-Lippe von zehn zu zehn Tagen...

Auf der Küste gefangen. Das Hamburger Motorschiff „Gibe“ verließ mit einer Ladung Reis die Küste nach Kalding...

Ein gemeiner Heberfall. Mit vorgeschaltener Wistole wurde ein junges Brautpaar im Treptower Park überfallen. Ein 17-jähriges Mädchen hatte mit ihrem Bräutigam in einem Zaun...

Bücherwarte.

Von der neuen Zeit, der sozialdemokratischen Wochenchrift, ist soeben das 15. Heft vom 1. Band des 89. Jahrgangs erschienen.

„Weraffen Sie nicht, wo Sie sich befinden!“ rief die Baronin vor Arzger zitternd aus. Ohne diese Worte zu beachten, fuhr der Doktor fort: „Sie reiben jetzt die Nase und Beine des armen Mädchens beständig mit Petroleum ein.“

„Mein Pferd ist gestohlen.“ sagte die Baroness. „Da könnte ich die Befragung eigentlich selbst anrichten.“ „So wird es am besten sein.“ stimmte der Baron zu. „Aber wird aber die Pflege des armen Mädchens am Tage übernehmen?“

„Gott sei Dank.“ sagte der Baron. „Der Fall ist sehr traurig. Ich werde morgen wieder nach der Patientin sehen. Empfehle mich den Herrschaften.“ „Sie werden dem armen kleinen Mädchen nicht ausflagen, Herr Doktor?“

*) Die Invalidenversicherung existierte damals noch nicht.

Zum Unterhalt des Oberkommissars

erfahren wir in Ergänzung unserer gestern gebrachten Mitteilung noch, daß der Völkerbundrat die Bezüge des Oberkommissars in Höhe von 100.000 Goldfranken in gleichen Teilen Danzig und Polen aufzuteilen will.

Cohnbewegung der Staatsbetriebe und der Privatwerken.

Nachdem die Arbeiter der Privatbetriebe bereits im Dezember zum Ausgleich der veräußerten Lebenshaltung Verbesserungen aufgestellt haben, haben nun auch die Staatsbetriebe...

Schiedspruch im Kohlenarbeiterstreik.

In der gestern stattgefundenen Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß wurde eine gegenseitige Verständigung nicht erzielt und folte der Schlichtungsausschuß einen Schiedspruch...

Danzigs Fremdenverkehr. In der Woche vom 26. bis 31. Dez. 1920 sind 899 Fremde polizeilich gemeldet...

Nachrichten aus dem Hafen. Eingelassene Schiffe. 11. Januar: Dänischer Dampfer „Egil“ von Stockholm und Libau...

Wartehallen der Straßenbahn sollen nach unseren Informationen an der Abfahrtsstelle der Linie Danzig-Graus, sowie auch der Linie Danzig-Chra errichtet werden.

Der Mensch der Vorzeit und seine Kultur. Am Sonnabend, den 15. Januar, findet die Wiederholung des oben genannten Vortrages durch Professor Dr. Hofmeier aus Halle statt.

Strahendiebstahl. Der Bursche Erich Frischler aus Leipzig ohne feste Wohnung entriß auf dem hiesigen Hauptbahnhof einem Schüler ein Portemonnaie mit 65 Mark und suchte das Borsier mit Inhaft konfiszieren zurückzugeben.

Nochmalige Verfassungsänderungen?

Dem Danziger Senatspräsidenten ist, wie wir hören, dieser Tage ein Schreiben des Oberkommissars Althaus zugestellt, in dem dieser von einem Schreiben des Generalsekretärs Drummond des Völkerbundrates Kenntnis gibt.

Vom Streik der Elektromonteurs. Wie wir hören hat der Delegationskommissionar die Vertreter der Streikenden zu morgen, Donnerstag, zu Verhandlungen eingeladen.

Ausgabe von Nahrung. Wie der Magistrat in dem heutigen Anzeigenteil bekanntmacht, kommt Nahrung auf Karte Nr. 15 der Nahrungshauptkarte zum Verkauf.

Für die Rührhändler. Von Montag, den 17. d. Mts. wird auf die Lebensmittelliste 1. Pfund Halbseife aufgerufen werden.

Neues Operntheater. Am Freitag dieser Woche geht zum ersten Male die Operette „Origi“ von Volten-Bauers und Heinrich Chancel, Musik von Paul Linde in Szene.

Im „Scala-Theater“ wird täglich 7 Uhr das mit großem Beifall aufgenommene ersthällige Januar-Programm gegeben. Dasselbe enthält als besondere Neuheit die Sun Hsian Jung-Chinesen-Truppe in ihren Originalchinesischen Gaukelspielen...

Ermittelte Einbrecher auf der Schloßbauwerk. Die auf der Schloßbauwerk beschlagnahmten Schloß M. und Sch. stahlen in der Nacht zum 6. Januar aus dem dortigen verschlossenen Übungsmagazin 17 Kupferrohre im Werte von circa 9000 Mark.

Festgenagelte leichfertige Verleumdungen gegen den Polizeipräsidenten Genossen Frängel.

Ein Kontrolleur Josef Makowski in Danzig kam als Beamter der Inverkehrbrachten Mützen auf einem Schiff im Reiseposten mit Schauern in Streit. Im Verlaufe dieses Streites tat er auch die Anmerkung, daß der Polizeipräsident die Schanfertatigkeit gegen einige Mützen reparieren wolle.

Kreis Großer Werder. Kerzenanweisung. Der Kreisauschuß gibt bekannt: Dem Kreise liegt ein günstiges Angebot auf Lieferung von Kerzen vor.

sonnt, daß die Freie Stadt nicht als Militär- oder Marinebasis dienen darf und auf dem Gebiet der Freien Stadt keine Festungswerke errichtet werden dürfen.

Weiter bemängelt der Generalsekretär, daß die Zusatzartikel zu den Artikeln 41 und 44, wonach die Bestimmungen über die Regelung der auswärtigen Angelegenheiten der Freien Stadt nur in dem Sinne zu verstehen sind...

Wie wir hören, wird der Verfassungsausschuß des Volkstages in einer Sitzung am Sonnabend zu den Abänderungswünschen des Generalsekretärs des Völkerbundes Stellung nehmen.

Zoppot. Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich in einem Lokal in der Pommerschen Straße. Ein Brandier der Sicherheitspolizei zog seinen geliebten Revolver aus der Tasche...

S. P. D. Parteimeldungen.

4. Bezirk (Schönhof). Mittwoch, den 19. Januar, abends 6 1/2 Uhr, bei Steppuhn, Bezirksversammlung.

8. Bezirk (Niederstadt). Donnerstag, den 18. Jan., abends 6 1/2 Uhr, bei Reich (früher Namhoff), Schmalzengasse 18, Bezirksversammlung.

Veren Arbeiterjugend Chra. Donnerstag, den 18. Jan., abends 7 Uhr, findet im Heim ein Gesangsabend statt.

Filmschau. Das Lichtbildtheater am Langenmarkt bringt in dem historischen Film „Die Nacht der Königin Johanna“ eine Darstellung...

Standesamt vom 12. Januar 1921. Todesfälle: Restaurateur Wilhelm Janzohn, 60 J. 10 M. — E. d. Postaussehlers Kurt Kresin, 9 Stunden. — Frau Hulda Heinrich geb. Steeg, 79 J. 2 M. — Witwe Hedwig Wohl geb. Bloch, 88 J. 4 M. — Frau Agnes Cuschnig geb. Heide, 52 J. 10 M. — Renteneinkünfter Karl Schlicht, 65 J. 7 M. — Unheilich: 1 Z.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Table with 2 columns: Devisenstand (Polnische Mark, Deutscher Mark, Englische Pfund) and their respective values.

Wasserstandsberichte am 12. Januar 1920.

Table with 2 columns: Ort (Zawisch, Worschau, Schönau D. P., Balzenberg D. P., Neuporterbuch, Thorn, Jordan, Culm, Graudenz) and Wasserstand (gestern, heute).

Verantwortlich für Politik Dr. Wilhelm Bolze, für den Danziger Nachrichtenteil und die Unterhaltungsbeilage Fritz Weber, beide in Danzig; für die Inserate Bruno Ewert in Oliva. Druck und Verlag von J. Gehl u. Co., Danzig.

Günstigste Reisegelegenheit nach Deutschland an Bord des Lloyd dampfers „Vorwärts“

Ab Danzig jeden Mittwoch u. Sonnabend vorm. 10.30 Uhr. Ab Zoppot (nur bei günstigem Wetter) vorm. 11.30 Uhr. Ab Swinemünde Extrazug nach Berlin. Fahrkartenverkauf: Norddeutscher Lloyd, Zweigniederlassung Danzig, vorläufig Stadtgraben 5 in der Verkehrszentrale (Tel. 549) später Hohes Tor (frühere Hauptwache). Ferner Baltropa, Internationales Reise- und Verkehrsbüro G. m. b. H., Danzig, Grünes Tor. — Telegr.-Adr.: Baltropa. — Telefon 1736.

